

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	307
		TOP:	15
		Drucksache:	405/2017
		GZ:	T
Sitzungstermin:	11.07.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, Herr Holzer (HochbA), Herr Stöckle (SchulverwA)		
Protokollführung:	Frau Westhaus-Gloël / de		
Betreff:	Einrichtung einer Ganztagschule an der Martin-Luther-Schule in Stuttgart-Bad Cannstatt		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Technischen Referats vom 29.06.2017, GRDRs 405/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Neubau einer Mensa mit Aufbereitungsküche und Speisebereich sowie einer Hausmeisterwohnung an der Martin-Luther-Schule nach den Plänen des Architekturbüros

harris+kurrle architekten bda vom 12.05.2017
Schottstr. 110, 70192 Stuttgart

und dem vom Hochbauamt geprüften Kostenanschlag vom 11.05.2017

mit Gesamtkosten von 4,68 Mio. €

wird zugestimmt.

2. Der Gesamtaufwand für den Neubau einer Mensa mit Hausmeisterwohnung in Höhe von 4,68 Mio € wird wie folgt abgewickelt:

Teilfinanzhaushalt - 400 - Schulverwaltungsamt
 Projektnummer 7.401146 - Ausz. Grp. 7871- Martin-Luther-Schule, GTS
 Umstrukturierung

bis 2017	- Bau	395.000 €
2018	- Bau -	1.200.000 €
2019	- Bau -	2.310.000 €
2020	- Bau -	324.000 €
		<hr/>
		4.229.000 €

Teilfinanzhaushalt - 400 Schulverwaltungsamt
 Projektnummer 7.401146.600, Ausz. Grp. 783

2020	- Einrichtung -	136.000 €
		<hr/>
		136.000 €

Teilergebnishaushalt - 400 Schulverwaltungsamt-
 Kontengruppe 4291 Baunebenkosten nicht aktivierungsfähig

bis 2017		9.000 €
2018		35.000 €
2019		25.000 €
2020		6.000 €
		<hr/>
		75.000 €

Die aktivierungsfähigen Eigenleistungen städtischer Ämter werden auf dem oben genannten Projekt wie folgt gedeckt:

Kontengruppe 481 - Aufwendungen für interne Leistungen

bis 2017		90.000 €
2018		80.000 €
2019		50.000 €
2020		20.000 €
		<hr/>
		240.000 €

Gesamtaufwand 4.680.000 €

Die Deckung für den Neubau einer Mensa mit Hausmeisterwohnung in Höhe von 4,68 Mio. € erfolgt innerhalb des Teilhaushalts 400 - Schulverwaltungsamt (Projektnummer 7.401908 - Formelle Ganztagesesschule, 3. Ausbaustufe - Ausz. Gr. 7871).

Die benötigten finanziellen Mittel werden im Rahmen der Deckungsfähigkeit auf das Projekt 7.401146 umgesetzt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

StRin Bulle-Schmid (CDU) freut sich, dass das Projekt auf den Weg gebracht wird. Sie weist darauf hin, dass die in der Vorlage genannten Kosten in Höhe von 4,68 Mio. € nur den Neubau von Mensa und Aufbereitungsküche sowie die Hausmeisterwohnung umfassen. Nicht darin enthalten seien die 150.000 €, die für die internen Umstrukturierungsmaßnahmen benötigt würden.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) macht deutlich, dass seine Fraktion erwartet, dass bei ähnlichen Projekten künftig nicht nur die Energieeinsparverordnung (EnEV) erfüllt wird, sondern zusätzlich eine Photovoltaikanlage (PV-Anlage) auf dem Dach angebracht wird.

StRin Gröger (SPD) spricht ebenfalls die notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen an. Kritik äußert die Stadträtin an der in der Vorlage beschriebenen Kostenbegrenzung bei den Außenanlagen. Die Martin-Luther-Schule, eine der größten Grundschulen, liege in einem Gebiet, das wahrlich nicht über viele, für Kinder erreichbare, Grünflächen verfüge. Es habe auch eine Kinderbeteiligung zur Gestaltung des Schulhofs gegeben, von Stadtplanungsamt und Jugendamt durchgeführt. Der Schulhof habe eine zentrale Funktion auch für das Wohngebiet. In der Vorlage zur Körschtalschule, die am heutigen Tag auch noch behandelt werde, sei genau das Gegenteil beschrieben, nämlich dass der Etat eine Erhöhung bei den Kosten noch zulasse. Sie bitte um Auskunft, welche Aussage denn nun zutrefte, und erinnere an die Beschlüsse für eine kinderfreundliche Umwelt. Weiter erkundigt sich StRin Gröger nach dem Sachstand beim Denkmalschutz, nachdem auf dem Baugelände an der Martin-Luther-Schule archäologische Funde gemacht worden sind.

StR Ozasek (SÖS-LINKE-Plus) schließt sich den Äußerungen von StR Peterhoff zu PV-Anlagen an. Er möchte darüber hinaus wissen, ob die Bodenbeläge im Umfeld der Mensa als wassergebundene Flächen hergestellt werden.

BM Thürnau erläutert, die Verwaltung sehe nach wie vor die Vorrüstung von Leitungen für eine PV-Anlage vor. Immer dann, wenn eine PV-Anlage benötigt werde, um die entsprechenden EnEV-Werte zu erreichen, werde sie aus städtischen Mitteln finanziert. Wenn die EnEV-Werte schon mit der vorhandenen Heizungsanlage und Dämmung erreicht werden könnten, seien die Stadtwerke gefordert, eine PV-Anlage auf das Dach zu bringen.

Herr Holzer geht auf weitere Fragen ein und berichtet, die Sanierung im Bestand sei in der Vorlage nicht enthalten, in der es nur um den Neubau der Mensa gehe. Zum Thema Grabungen und Denkmalschutz führt er aus, die Baugenehmigung sei mit der Auflage verbunden gewesen, Erkundungsgrabungen vorzunehmen. Routinemäßig habe man einen Streifen von 20 Meter Länge und 2 Meter Breite durch das gesamte Schulhofgelände freigelegt. Bei den aufgetretenen Funden handle es sich um vorchristliche Grablegungen, die offenbar nicht völlig ungewöhnlich in Bad Cannstatt seien. Im Augenblick gehe er von einer Verzögerung von eineinhalb Monaten durch diese Funde aus. Es sei mit Kosten in der Größenordnung von 100.000 bis 150.000 € zu rechnen, weil nun das gesamte Baufeld der Mensa freigelegt werden müsse. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage sei dies noch nicht bekannt gewesen. Was die Frage nach den Außenanlagen angehe, so werde hier tatsächlich nur der Teil der Außenanlagen errichtet, der infolge der Baumaßnahmen hergerichtet werden müsse. Zur Gewichtung der Außenanlage, auch im Zusammenhang mit der nachfolgend zu behandelnden Vorlage zur Körschtalschule, bitte er Herrn Stöckle um weitere Auskünfte.

Herr Stöckle (SchulverwA) berichtet, es habe einen Gesamtplan für die Außenanlagen der Martin-Luther-Schule gegeben. Die Kosten - die genauen Zahlen habe er nicht parat - seien in einer Größenordnung gewesen, die im Verhältnis zu dem Gesamtinvest, der an dem Standort für den Neubau der Mensa getätigt wird, als unverhältnismäßig hoch erschienen sei. Es gebe eine Art Grundsatz, dass bei der 3,5 Mio. € -Pauschale für Ganztageschulen ein Anteil bis maximal 500.000 € für Außenanlagen zur Verfügung steht. Man habe dann versucht, von dem Vorschlag für die Gesamtliegenschaft einen sinnvollen Teil der Außenanlagen abzugrenzen. So sei es zu dem Vorschlag in der Vorlage mit Kosten in Höhe von 312.000 € gekommen. Bei der Körschtalschule stehe insgesamt eine deutlich größere Maßnahme an, insofern sei der Anteil der Außenanlagen dort auch entsprechend höher.

Die Umstrukturierungsmaßnahmen in Höhe von 150.000 €, das sei im Rahmen des Vorprojekt- und Projektbeschlusses schon erläutert worden, würden ausgeführt werden, seien aber nicht Bestandteil der Vorlage, weil der Baubeschluss sich auf den Neubau der Mensa beschränke. Die 150.000 € würden noch ergänzt werden durch Maßnahmen im Bereich der Ausstattung und dann als Gesamtmaßnahme zur Ausführung kommen.

StR Conz (FDP) erkundigt sich, ob mit einem städtischen Archäologen die Zeitverzögerung geringer ausgefallen wäre.

StRin Gröger ist mit der Antwort von Herrn Stöckle noch nicht zufrieden. Sie weist nochmals auf den Bedarf hin, den die Martin-Luther-Schule hinsichtlich der Außenanlagen hat und erwähnt die "kleine Ferienbetreuung" an der Schule. Sie bittet um die Darstellung im morgigen Verwaltungsausschuss, was bei den Außenanlagen gekürzt worden ist, und wie die Verwaltung es finanztechnisch zeitnah unterbringen will. Darüber hinaus möchte sie wissen, ob die von Herrn Stöckle erwähnten Umstrukturierungsmaßnahmen bereits im Haushaltsentwurf vorgesehen sind.

Zur Frage nach städtischem Personal für die Archäologie berichtet Herr Holzer, aus seiner Sicht sei die Untersuchung im vorliegenden Fall optimal gelaufen. Aufgrund der Auflage in der Baugenehmigung habe man die Grabung gleich für die Pfingstferien mit eingeplant. Einen signifikanten Zeitvorteil durch städtisches Personal könne er nicht erkennen, zumal die Entscheidung, wie die Funde zu werten seien, bei der Denkmalbehörde liegen.

Herr Stöckle teilt mit, die Kosten für die Umstrukturierungsmaßnahmen würden aus der Ganztagespauschale finanziert, in Ergänzung zu der heute zum Beschluss anstehenden Maßnahme. StRin Gröger zitiert zur Ganztagespauschale aus der Vorlage zur Körschtalschule (GRDrs 390/2017): "Da bei den anderen neun Standorten der Mittelbedarf bis heute teilweise unter 3,5 Mio. € verblieb, ist dieser höhere Finanzierungsanteil für die Körschtalschule im Rahmen der Pauschale möglich." Sie bekräftigt, nach wie vor sei unklar, warum bei der Körschtalschule etwas gehe, was bei der Martin-Luther-Schule nicht gehe. Dazu erläutert Herr Stöckle, wie bei der Körschtalschule übersteige auch das Projekt Martin-Luther-Schule schon die 3,5 Mio. €-Pauschale für Ganztageschulen. Bei beiden Schulen stehe ein Mehrfinanzierungsbedarf an. Angesichts der Tatsache, dass die Pauschale, die in Höhe von insgesamt 35 Mio. € für jedes Haushaltsjahr zur Verfügung stehe, nicht ausgeschöpft sei, habe man sich mit Referat WFB darüber abgestimmt, zuerst diese Pauschale zu verwenden, sofern die Notwendigkeit bei einzelnen Maßnahmen besteht, über die 3,5 Mio. €-Pauschale hinauszugehen.

Deswegen werde sowohl bei der Martin-Luther-Schule als auch bei der Körschtalschule der Mehrbedarf aus der Ganztagespauschale gedeckt.

Für StRin Gröger bleiben auch nach dieser Antwort Fragen offen, die sie im Verwaltungsausschuss zur Sprache bringen will.

BM Thürnau sagt abschließend zu, dass die Frage von StR Ozasek zur Herstellung von wassergebundenen Flächen geprüft wird und stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik beschließt ohne Aussprache einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / de

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
Stadtkämmerei (2)
 3. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
 4. Referat StU
Amt für Umweltschutz
 5. BezA Bad Cannstatt
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN